

**HESSISCHER LANDTAG**

30.11.2017

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)****Drucksache 19/5237****Inhalt des Antrags: Stärkung des Rechtsprechungspotentials****Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan alle Produkte

Bezeichnung lt. Leistungsplan diverse

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan 2018:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	493.143,5	+3.870,0	497.013,5
Produktabgeltung	482.649,2	+3.870,0	486.519,2

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan 2019:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	500.522,3	+3.870,0	504.392,3
Produktabgeltung	490.350,5	+3.870,0	494.220,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Mittel werden aufgewendet, um den nichtrichterlichen Dienst in der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu verstärken. Es sind 66 neue Stellen zu schaffen.

<u>Kameraler Haushalt 2018:</u>		Beträge in EUR		
Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	204.525.800	+3.870.000	208.395.800

<u>Kameraler Haushalt 2019:</u>		Beträge in EUR		
Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	208.312.400	+3.870.000	212.182.400

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine effiziente und qualitativ hochwertige Justiz in Hessen. Immer größere, komplexere und internationalere Verfahren werden an hessischen Gerichten verhandelt. Oft werden die Parteien durch hochspezialisierte Kanzleien und durch Medienagenturen unterstützt. Vor diesem Hintergrund muss die Justiz gut ausgestattet sein. Insbesondere im nichtrichterlichen Dienst wurden jedoch in der Vergangenheit massiv Stellen abgebaut. Hier ist gegen zu steuern.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler